

Wahlkompass – Greenpeace Münster

Sind Sie für einen vollständigen Atomausstieg bis 2015?

Antwort:

Jedes noch laufende AKW bleibt eine Gefahr. Daher wollen wir die Sicherheitsanforderungen national und international erhöhen, entsprechende Nachrüstungen an den AKW durchsetzen und so die Rahmenbedingungen ändern, dass die Betreiber das letzte AKW schon deutlich vor 2022 abschalten werden.

Setzen Sie sich für eine rasche Schließung der UAA in Gronau ein?

Antwort:

Ja, denn aus unserer Sicht ist der Atomausstieg erst vollendet, wenn alle Anlagen des Kernbrennstoffkreislaufs wie die Urananreicherungsanlage Gronau und die Brennelementproduktion Lingen geschlossen sind.

Halten Sie den Umstieg auf 100% Erneuerbare Energien bis 2050 für möglich und setzen Sie sich dafür ein?

Antwort:

Bereits möglichst bis 2030 wollen wir unseren Strom zu 100 Prozent erneuerbar produzieren. Im Gebäude- und Wärmebereich streben wir eine Umstellung möglichst bis 2040 an. Dafür setzen wir auf die Leidenschaft und Kreativität, die technologische Innovationen hervorbringt und wie sie in vielen Unternehmen, an Hochschulen und in weiten Teilen der Gesellschaft bereits jetzt mit Händen zu greifen ist – wenn für sie denn die entsprechenden politischen Rahmenbedingungen geschaffen werden, wie wir Grüne es wollen. Wenn wir es also vorantreiben, können wir auch sehr bald den Sprung in eine Welt sauberer Energie schaffen.

Setzen Sie sich für eine dezentrale Stromversorgung aus einem Strommix aus Erneuerbaren Energien und effizienten Gasanlagen (als Brückentechnologie) ein?

Antwort:

Die Energieversorgung der Zukunft ist dezentral und bürgernah. Der künftige Strommix setzt sich vor allem aus Wind- und Solarstrom zusammen. Da Wind- und Sonnenenergie nicht immer gleichmäßig zur Verfügung stehen setzen wir in der Übergangsphase auf hocheffiziente und flexible Gaskraftwerke als Ergänzung.

Sollten nur Agrartreibstoffe aus Biomasseresten und Nebenprodukten subventioniert werden?

Antwort:

Wir Grünen sind der Ansicht, dass der einseitige Ansatz, CO₂-Einsparungen im Verkehr allein über Agrotreibstoffe zu erreichen, ein Irrweg ist. Viel stärker wollen wir auf die Vermeidung von überflüssigen Transporten, die Verlagerung von Verkehr auf Bahn und Fahrrad und die Senkung des Kraftstoff- und

Energieverbrauchs z.B. durch scharfe Verbrauchsgrenzen setzen. Die Nutzung von Biomasse für Mobilität muss auf die Bereiche beschränkt werden, in denen es auf absehbare Zeit keine Alternativen gibt (wie Flug- und Schwerlastverkehr). Dabei ist ein Schwerpunkt auf die Nutzung von Reststoffen zu legen, die Nutzung von Biomasse muss strengen Nachhaltigkeitskriterien unterliegen.

Sollte Fracking generell verboten werden?

Antwort:

Ja. Wie auch im grünen Wahlprogramm festgehalten, lehne ich die Förderung von unkonventionellem Erdgas insbesondere mittels giftiger Chemikalien („Fracking“) wegen der unabsehbaren Gefahren für Gesundheit und Umwelt ab. Sie behindern zudem Klimaschutz und Energiewende.

Sind Sie gegen die Genehmigung weiterer Kohlekraftwerke?

Antwort:

Ja, denn wir wollen raus aus der Kohle. Braun- und Steinkohle verursachen sehr hohe klimaschädliche CO₂-Emissionen, der Braunkohletagebau ruiniert großflächig unsere Landschaften. Und das weltweite Klimaproblem kriegen wir nur dann gelöst, wenn die Kohle da bleibt, wo sie ist: unter der Erde.

Befürworten Sie, dass 5% der Landesfläche bis 2020 aus der wirtschaftlichen Nutzung genommen und gesetzlich geschützt wird?

Antwort:

Wir wollen fünf Prozent der Waldflächen aus der forstwirtschaftlichen Nutzung nehmen und zu Urwäldern von morgen machen. Die öffentliche Hand soll mit positivem Beispiel vorangehen und 10 Prozent ihrer Wälder hierfür bereitstellen. Zur Sicherung des nationalen Naturerbes müssen sich aber auch andere Biotop umgestört entwickeln können. Dies wollen wir auf zunächst zwei Prozent der Landesfläche umsetzen.

Unterstützen Sie die Einrichtung eines Nationalparks in Ostwestfalen-Lippe?

Antwort:

Ja, wir unterstützen die Einrichtung eines Nationalparks in Ostwestfalen-Lippe als wichtigen Teil der Wahrung der Biodiversität und unseres nationalen Naturerbes. Mit der Einrichtung wären nicht nur positive wirtschaftliche Impulse für die Region verbunden, sondern könnte dieser Naturraum mit seiner einzigartigen Flora und Fauna geschützt werden. Eine Ausweisung folgt aber unter Federführung des Landes. Leider blockieren die CDU und FDP das Projekt aus kurzfristigen Lobbyinteressen auf der kommunalen Ebene. Wir unterstützen die Pläne des Landes – gerade auch vor dem Hintergrund der Abzugsankündigung des britischen Militärs – den Nationalpark Senne voranzutreiben.

Sind Sie für altersstrukturierte Laubmischwälder und gegen Fichten- und Kiefernmonokulturen im öffentlichen Wald?

Antwort:

Wir wollen den Waldumbau hin zu naturnahen, anpassungsfähigen und gemischten Dauerwäldern auf Basis der natürlich vorkommenden Baumarten fortführen und beschleunigen, auch weil solche Wälder den Herausforderungen des Klimawandels besser gewachsen sind. Dazu wollen wir im Bundeswaldgesetz ökologische Mindestanforderungen für eine naturnahe Waldwirtschaft verankern.

Halten Sie eine Stärkung der ökologischen Landwirtschaft mit Fruchtfolge für sinnvoll?

Antwort:

Ja. Der ökologische Landbau in bäuerlichen Strukturen ist für uns das Leitbild für die Landwirtschaft der Zukunft. Wir wollen ihn mit einer konsistenten, ressortübergreifenden Politik fördern und weiterentwickeln und somit auch dafür Sorge tragen, dass die Erzeugung von Biolebensmitteln der steigenden Verbrauchernachfrage nicht länger hinterherhinkt.

Unterstützen Sie den vegetarischen Donnerstag in Münster?

Antwort:

Ja. Es war die grüne Fraktion, die gemeinsam mit den Linken den Antrag zum vegetarischen Donnerstag in Münster eingebracht hat. In unserem Bundestagswahlprogramm sprechen wir uns dafür aus, dass Angebote von vegetarischen und veganen Gerichten und ein Veggie-Day Standard werden sollen. Öffentliche Kantinen sollen hierbei eine Vorreiterfunktion übernehmen. Außerdem wollen wir mehr Verbraucheraufklärung zu den gesundheitlichen, sozialen und ökologischen Folgen des Fleischkonsums.

Sind Sie für eine klare und einheitliche Deklaration von vegetarischen und veganen Produkten?

Antwort:

Wir Grüne wollen eine klare gesetzliche Definition der Begriffe „vegetarisch“ und „vegan“. Außerdem wollen wir, dass angegeben werden muss, wenn tierische Erzeugnisse in Lebensmitteln enthalten sind oder bei der Herstellung verwendet wurden.

Sind Sie gegen den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen auf landwirtschaftlichen Nutzflächen im Münsterland?

Antwort:

Ja, aus grüner Sicht widerspricht die Agro-Gentechnik - egal ob bei Lebens- oder Futtermitteln - dem Ziel einer zukunftsfähigen und nachhaltigen Landwirtschaft.

Gentech-Pflanzen haben für VerbraucherInnen keine Vorteile, stattdessen gibt es ökologische Risiken (z.B. toxische Wirkung für Insekten), sozio-ökonomische Risiken für die Landwirte (z.B. durch Biopatente, Kosten zur Vermeidung von Verunreinigungen) und ungeklärte gesundheitliche Risiken (z.B. im Bezug auf Magen, Darm, Nieren und die Krebsgefahr).

Halten Sie es für sinnvoll. 40% der Weltmeere unter Schutz zu stellen?

Antwort:

Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass ein weltweites Netzwerk von Meeresschutzgebieten ausgewiesen wird. Schutzgebiete sind aber nicht ausreichend: zusätzlich benötigen wir eine Anpassung der Fangquoten an die Bedürfnisse des Meereslebens, müssen die Vermüllung und Verschmutzung der Meere eindämmen und den hemmungslosen Abbau von Rohstoffen in der Tiefsee und der Arktis/Antarktis stoppen um einmalige und noch weitgehend unberührte Lebensräume zu erhalten.

Halten Sie eine bessere Kennzeichnung von Fischprodukten im Supermarkt für notwendig?

Antwort:

Ja. Wir wollen eine Rückverfolgbarkeit von Fisch und Fischprodukten über die gesamte Kette – vom Fang über Handel und Verarbeitung bis auf die Ladentheke - gewährleisten. Dazu gehören sowohl nachvollziehbare Informationen für die Verbraucher über das Fanggebiet und den Fangtag als auch über die verarbeitenden Unternehmen.

Sind Sie dafür, die Benutzung von Plastiktüten unattraktiver zu machen, um unnötigen Müll zu vermeiden?

Antwort:

Ja, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben dafür den Vorschlag einer Plastiktütenabgabe in den Bundestag eingebracht und dieses auch in unserem Wahlprogramm festgehalten.

Befürworten Sie, dass Deutschland langlebige Produkte fördert und der Industrie klare Vorgaben für die Mindestlebensdauer eines Produktes vorschreibt?

Antwort:

Produkte, die kurz nach Ende der Garantiezeit kaputtgehen und sich kaum reparieren lassen, sind ein Ärgernis und verschwenden wertvolle Ressourcen. Wir setzen uns daher für längere und bessere Gewährleistungsrechte ein. Außerdem sollte die Produktverantwortung der Hersteller so weiterentwickelt werden, dass Produkte reparaturfähig sind, Ersatzteile mindestens 5 Jahre vorgehalten werden

und die Produkte am Ende des Lebenszyklus einfach und möglichst vollständig recycelbar sind.

Sind Sie für ein Verbot von Rüstungsexporten?

Antwort:

Die grundlegende Änderung der Rüstungsexportpolitik gehört zu den neun Schlüsselprojekten, die wir Grüne im Falle einer Regierungsbeteiligung vorrangig angehen. Ein generelles Verbot jeglicher Rüstungsexporte ist unrealistisch, aber wir wollen ein Verbot von Rüstungsexporten in Krisenregionen und an Staaten, die die Menschenrechte massiv verletzen. Schon heute sind Lieferungen in Krisenregionen nach den Politischen Grundsätzen der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern untersagt. Alle Bundesregierungen haben diese Richtlinien jedoch sehr großzügig interpretiert. Schwarz-Gelb betreibt sogar eine offensive Rüstungsexportpolitik. Aber auch unter der großen Koalition, zum Teil auch unter Rotgrün, gab es Exporte, die unseres Erachtens mit den Politischen Richtlinien nicht vereinbar waren. Hinzu kommt, dass diese Entscheidungen im Geheimen getroffen werden und der Bundestag bislang keine Kontrollrechte hat.

Wir haben daraus den Schluss gezogen: Wir brauchen ein Rüstungsexportkontrollgesetz, das die politischen Kriterien rechtlich bindend und justiziabel macht. Außerdem brauchen wir mehr Transparenz und parlamentarische Kontrolle bei Rüstungsgeschäften. Es darf nicht länger sein, dass diese Geschäfte unter der Geheimhaltung des Bundessicherheitsrates abgewickelt werden und das Parlament erst mit großer Verzögerung von den Geschäften erfährt. Bündnis 90/Die Grünen haben eine Liste von Reformvorschlägen vorgelegt. Dazu gehören zeitnahe und bessere Rüstungsexportberichte, ein parlamentarische Ausschuss mit Kontrollrechten, die Verlagerung der Federführung für Rüstungsgeschäfte vom Wirtschaftsministerium ans Auswärtige Amt und die Abschaffung des Bundessicherheitsrats in seiner jetzigen Form.

Sind Sie der Meinung, dass Wasser weiterhin ein öffentliches Gut sein soll?

Antwort:

Ja, die Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat einen entsprechenden Antrag im Bundestag eingebracht, der leider von Schwarz-Gelb abgelehnt wurde. Wir haben zur Unterzeichnung des Aufrufes von Right2water aufgerufen und meine grünen Kolleginnen und Kollegen im Europaparlament sind aktiv den Vorstellungen der Kommission und der Bundesregierung entgegengetreten.